



25. März 2025

Rechtswidrige Ausweisungen nach El Salvador gefährden Leben im anhaltenden Ausnahmezustand

Als Reaktion auf die jüngste unrechtmäßige Abschiebung von 238 venezolanischen Staatsangehörigen aus den Vereinigten Staaten nach El Salvador unter dem Vorwurf, sie gehörten der kriminellen Gruppe Tren de Aragua an, erklärte Ana Piquer, Amerika-Direktorin von Amnesty International:

„Die Abschiebung von 238 Personen aus den Vereinigten Staaten nach El Salvador trotz eines Gerichtsbeschlusses, der ihre Abschiebung ausdrücklich verbietet, stellt nicht nur eine eklatante Missachtung der Menschenrechtsverpflichtungen der Vereinigten Staaten dar, sondern auch einen gefährlichen Schritt in Richtung autoritärer Praktiken, wie ihn die Trump-Administration ignoriert hat und nun die Entlassung eines Bundesrichters der US-Justiz fordert. Dies ist zudem eine gefährliche Billigung von Präsident Bukeles Sicherheitsmodell.“

Laut den verfügbaren öffentlichen Informationen befinden sich unter den abgeschobenen Personen Menschen, die sich in laufenden Gerichtsverfahren befanden, bei der Erfüllung ihrer Einwanderungspflichten verhaftet wurden, in den Vereinigten Staaten bereits Schutz, unter anderem im Rahmen der Antifolterkonvention, genossen und aufgrund ihrer Tätowierungen oder ihrer Verbindung zum venezolanischen Bundesstaat Aragua ohne weitere Beweise als Gangmitglieder eingestuft wurden. Tatsächlich haben sogar Beamt*innen der US-Einwanderungs- und Zollbehörde inzwischen zugegeben, dass „viele“ überhaupt keine Vorstrafen hatten und einige aufgrund der Annahme abgeschoben wurden, sie könnten in Zukunft Straftaten begehen.

Wichtig ist, dass es sich bei diesen Ausweisungen nicht um Abschiebungen handelt, ein in den USA definiertes Rechtsverfahren. Sie wurden ohne Abschiebungsanordnung ausgewiesen, um

eine unbefristete Gefängnisstrafe in einem System zu verbüßen, in dem grundlegende Menschenrechte routinemäßig ignoriert werden.

El Salvador ist unter Präsident Bukele zum Sinnbild eines alarmierenden Trends in Amerika geworden – in dem Masseninhaftierungen, unkontrollierte Exekutivgewalt und die Kriminalisierung marginalisierter Gemeinschaften als Lösungen für Kriminalität angepriesen werden.

Amnesty International hat die unmenschlichen Bedingungen in den Haftanstalten El Salvadors ausführlich dokumentiert, darunter auch diese im Centro de Confinamiento del Terrorismo (CECOT), wo die Abgeschobenen nun festgehalten werden. Berichte deuten auf extreme Überbelegung, mangelnden Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung und weit verbreitete Misshandlungen hin, die grausam, unmenschlich oder erniedrigend sind. Darüber hinaus berichteten salvadorianische Organisationen von über 300 Todesfällen in staatlicher Haft, von denen einige deutliche Anzeichen von Gewalt aufwiesen. Niemand sollte solchen Bedingungen ausgesetzt sein.

Es besteht ein klarer und beunruhigender Zusammenhang zwischen Präsident Bukeles sogenanntem „Sicherheitsmodell“ in El Salvador und den jüngsten Maßnahmen der Vereinigten Staaten gegenüber Migrant*innen und Menschen, die Schutz suchen. Beide beruhen auf einem Mangel an fairen Verfahren und der Kriminalisierung von Personen aufgrund diskriminierender Kriterien. In El Salvador zielt diese Diskriminierung auf Menschen ab, die in verarmten Gemeinden leben, prekäre Arbeitsverhältnisse haben, über eine geringe Bildung verfügen oder sichtbare Tätowierungen tragen. Ähnlich werden in den Vereinigten Staaten Venezolaner*innen, die vor Not fliehen und auf der Suche nach Sicherheit sind, aufgrund ihrer Tätowierungen, ihrer Verbindung zum venezolanischen Bundesstaat Aragua und rassistischer Lügen über Verbindungen zu transnationalen kriminellen Gruppen aus ihrem Heimatland als Kriminelle gebrandmarkt. Diese Politik ist zutiefst ungerecht und verstößt gegen internationale Menschenrechtsstandards.

Das Prinzip der Nichtzurückweisung, ein Eckpfeiler des internationalen Menschenrechts, verbietet Staaten eindeutig die Rückführung, Abschiebung oder Überstellung von Personen in Länder, in denen sie einem realen Risiko schwerer Menschenrechtsverletzungen, einschließlich willkürlicher Inhaftierung, Folter oder Misshandlung, ausgesetzt wären. Indem die Vereinigten Staaten unter diesen Umständen Personen nach El Salvador abgeschoben haben, haben sie diese in ernsthafte Gefahr gebracht und sind ihren rechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen. El Salvador muss zur Rechenschaft gezogen werden, weil es eine Politik unterstützt, die die Rechte von Migrant*innen und Schutzsuchenden verletzt. Jede anschließende Abschiebung der Personen von El Salvador nach Venezuela würde zudem gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstoßen. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat die Staaten aufgefordert, sicherzustellen, dass Venezolaner*innen nicht abgeschoben, ausgewiesen oder zur Rückkehr nach Venezuela gezwungen werden. Amnesty International hat angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen in dem Land ein absolutes Verbot aller Abschiebungen nach Venezuela gefordert.

Besonders besorgniserregend ist, dass die Aushöhlung rechtsstaatlicher Verfahren in El Salvador nun – national wie international – zur Normalität wird. Anstatt diese Praktiken zu

verurteilen, scheinen andere Regierungen, wie die Vereinigten Staaten, ihnen nachzueifern. Dies ist die gefährliche Folge systematischer und wiederkehrender autoritärer Praktiken: Sie entwickeln sich von isolierten Missbräuchen zur offiziellen Staatspolitik. Am 27. März 2025 wird El Salvador zum dritten Mal in Folge den Ausnahmezustand ausrufen. Dieses Regime hat Missbrauchsmuster institutionalisiert, die sich nun auch über seine Grenzen hinaus fortsetzen und internationale Menschenrechtsstandards weiter untergraben.

Amnesty International fordert die Regierung El Salvadors und aller Länder Amerikas dringend auf, sich der Beteiligung an ungerechten Abschiebungs- und Rückführungsprogrammen zu widersetzen.

Die salvadorianischen Behörden müssen dringend landesweit ein rechtsstaatliches Verfahren wiederherstellen und die Menschenrechte, die Sicherheit und die Würde aller derzeit inhaftierten Personen garantieren, einschließlich der über 84.000 Menschen, die im Rahmen des anhaltenden Ausnahmezustands festgenommen wurden. Die salvadorianische Regierung muss sicherstellen, dass ihre Politik und Praxis keine weiteren Menschenrechtsverletzungen begünstigt oder schutzbedürftige Personen gefährdet.

Wir fordern die US-Regierung auf, die illegal nach El Salvador abgeschobenen Personen unverzüglich zurückzuholen, alle weiteren Ausweisungen im Rahmen dieser Verfügung einzustellen, den Entscheidungen der US-Justiz Folge zu leisten, alle Pläne für Masseninhaftierungen und -abschiebungen unverzüglich einzustellen und das Asylrecht an der Südgrenze der Vereinigten Staaten wiederherzustellen.

Amnesty International solidarisiert sich mit den Betroffenen dieser ungerechten Politik und wird sich weiterhin für den Schutz der Menschenrechte in Amerika und darüber hinaus einsetzen.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe – verbindlich ist das Original:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/03/unlawful-expulsions-to-el-salvador-endanger-lives-amid-ongoing-state-of-emergency/>